

## Planzeichenerklärung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Aken (Elbe), Landkreis Köthen, hat aufgrund des § 1 Abs. 3 und Planzeichen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Dezember 1986 (BGBI. Planinhalts (Planzeichenverordnung 1991 -PlanzV 91) vom 01. April 1991 (BGBl. I S. 58)

abweichende Bauweise

Hinweis auf textliche Festsetzungen Art der baulichen Nutzung §§ 1 bis 11 BauNVO § 8 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung §§ 16 bis 21 BauNVO § 19 BauNVO Grundflächenzahl (GRZ e baulicher Anlagen als Höchstgrenze, § 16 Abs.3 BauNVO

Höhe baulicher Anlagen als Höchstgrenze, § 16 Abs.3 BauNVO Firsthöhe in m über NN § 9 Abs.1 Nr.2 BauGB Bauweise, Baulinien, Baugrenzen §§ 22 und 23 BauNVO § 22 Abs.4 BauNVO abweichende Bauweise § 23 Abs.3 BauNVO § 23 BauNVO Überbaubare Grundstücksfläche § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB

§ 9 Abs.1 Nr.11 BauGB Straßenverkehrsflächen § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB Straßenbegrenzungslinie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB Öffentliche Parkfläche

Grünfläche, öffentlich

Verkehrsgrün Bereich ohne Ein- und Ausfahrt § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und § 9 Abs.1 Nr.25a BauGB

Höhenlage der Verkehrsflächen in m über NN § 9 Abs.2 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des § 9 Abs.7 BauGB

§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB

§ 9 Abs.1 Nr.10 BauGB

Pflege und zur Entwicklung von Natur und

Stellung der baulichen Anlagen

Leitungsrechte

Flurgrenze, Flurstücksgrenze

Gebäude mit Wohnnutzung

Gebäude mit sonstiger Nutzung

Flurstücksnummer

Gebäudenummer

Gewerbegebiet (GE) 1.1 Von den nach § 8 Abs. 2 BauNVO zulässigen Arten von Nutzungen sind nur zulässig: Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,

IS. 2253), zuletzt geändert durch Anlage 1 Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31.

(GBl. I Nr. 50 S. 929) und des § 5 des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der

gebiet Aken-Ost, Teilbereich 1: Kaiserborne", bestehend aus:

Planzeichnung und nachstehenden textlichen Festsetzungen,

Planungsrechtliche Festsetzungen und

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

in seiner Sitzung am 26. September 1991 als Satzung beschlossen.

extliche Festsetzunger

Art der baulichen Nutzung

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

September 1990 (BGBl. II S. 885, 1124)

(§ 8 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO)

rem Zusammenhang stehenden Güter.

Aken (Elbe), 03. Oktober 1991

(Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung)

Der Verkauf an Endverbraucher darf nur einen untergeordneten Umfang an der erbrachten Leistung ausmachen und ist beschränkt auf die auf dem jeweiligen Betriebsgrundstück hergestellten, ver- und bearbeiteten, gewarteten oder reparierten Erzeugnisse und die mit den dazu erforderlichen Leistungen in unmittelba-

aufgrund des § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.

Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Anlage 1 Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 1

des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23.

September 1990 (BGBI. II S. 885, 1122), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche

anuar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Anlage 1 Kapitel XIV Abschnitt II Nr.2

les Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 2 BauNVO)

Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.

Der Verkauf von Lebensmitteln ist unzulässig. Diese Festsetzungen gelten nicht für Tankstellen und Betriebe zur Herstellung und Abfüllung von Getränken und deren Verkauf. (§ 8 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs. 9 BauNVO)

1.3 Die nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 und 3 Bau NVO vorgesehenen Ausnahmen sind nicht zulässig. Nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO können ausnahmsweise zugelassen werden: - Wohnungen für Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Betrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse nur untergeordnet sind. Es sind je Betrieb höchstens 2 Wohnungen zulässig. (§ 8 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung Überschreitung der Grundflächenzahl (GRZ)

Im Einzelfall können von der festgesetzten Grundflächenzahl (GRZ) Ausnahmen zugelassen werden, wenn die festgesetzte Gebäudehöhe, Trauf- und Firsthöhe, nicht überschritten wird. (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 6 BauNVO)

2 Gebäudehöhe und überbaubare Grundstücksfläche

Wird in der Planzeichnung die überbaubare Grundstücksfläche durch Baugrenzen in Teilflächen mit unterschiedlichen Festsetzungen zur zulässigen Gebäudehöhe gegliedert, so gelten die zulässigen Gebäudehöhen nur für die jeweils durch Baugrenzen umschlossenen Teilflächen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 BauNVO)

2.3 Gebäudehöhe - höchstens zulässige Traufhöhe (THmax)

Die Traufhöhe von Gebäuden darf die in der Planzeichnung des Bebauungsplans in Meter (m) über Normalnull (üNN) mit dem Planzeichen THmax als Höchstwert festgesetzte Traufhöhe (z.B. THmax 62,5 NN für eine höchstens zulässige Traufhöhe von 62,5 m üNN) nicht überschreiten. Traufe im Sinne dieser Festsetzung ist die Schnittlinie der Außenwand- mit der Dachfläche. (§9 Abs. 1 BauGB i.V.m. §16 Abs. 2 BauNVO)

2.4 Gebäudehöhe – höchstens zulässige Firsthöhe (FHmax)

Die Firsthöhe von Gebäuden und die Höhe baulicher Anlagen mit einer Grundfläche von mehr als 4,0 m² darf die in der Planzeichnung des Bebauungsplans in Meter (m) über Normalnull (üNN) mit dem Planzeichen FHmax als Höchstwert festgesetzte Firsthöhe (z.B. FHmax 64,5 NN für eine höchstens zulässige Firsthöhe von maximal 64,5 m üNN) nicht überschreiten.

First im Sinne dieser Festsetzung ist die horizontal verlaufende ungebrochene Schnittlinie zweier Dachflächen oder der Außenwand- mit der Dachfläche (Pultdach). (§9 Abs. 1 BauGB i.V.m. §16 Abs. 2 BauNVO)

Von dieser Festsetzung sind folgende Ausnahmen zulässig:

- Die Höhe baulicher Anlagen mit einer Grundfläche von nicht mehr als 15,0 m², wie ortsfeste Transportgeräte und Hochbehälter, darf die festgesetzte Gebäudehöhe bis zu 6,0 m überschreiten, die von Schornsteinen bis zu 12,0 m. - Die Höhe baulicher Anlagen zur Ernergieversorgung und Wärmerückgewinnung, wie Heizund Energiezentralen, mit einer Grundfläche von nicht mehr als 50,0 m² darf die festgesetzte Gebäudehöhe bis zu 4,0 m überschreiten. Die Höhe baulicher Anlagen der Solartechnik mit einer Grundfläche von nicht mehr als 200,0 m² darf die festgesetzte Gebäudehöhe bis zu 2,0 m überschreiten.

(§ 16 Abs. 5 und 6 BauNVO) 3 Bauweise - abweichend (a)

(§ 9 Abs. 1 BauGB) In der abweichenden Bauweise (a) dürfen Gebäude mit einer Länge von mehr als 50 m errichtet (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 4 BauNVO)

Garagen, Stellplätze und Zufahrten

Flächen für die Regelung des Wasserabflusses

(§9 Abs. 1 Nr. 17 i.V.m. §9 Abs. 2 BauGB)

Die Errichtung von Garagen und die Anlage von Stellplätzen ist nur auf überbaubaren Grundstücks-August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885, 1122), des § 83 flächen und auf nicht überbaubaren entlang der Straßenbegrenzungslinie zulässig, soweit diese Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Bauordnung (BauO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1990 Flächen nicht zur Eingrünung und Abschirmung zu bepflanzen sind (Ziffer 12). DDR (Kommunalverfassung) vom 17. Mai 1990 (GBl. I Nr. 28 S. 255) diesen Bebauungsplan Nr. 1 "Gewerbe-

Der Abstand zur Straßenbegrenzungslinie muß vor Garagen und überdachten Stellplätzen mindestens 3,0 m und vor Stellplätzen mindestens 2,0 m, neben oder hinter Einstellplätzen mindestens 1,5

4.3 Grundstückszufahrten dürfen jeweils höchstens 9,0 m breit sein; die Gesamtbreite aller Zufahrten von einer Seite eines Grundstücks darf jedoch 12,0 m nicht überschreiten.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 23 Abs. 5 BauNVO) Nebenanlagen

(§ 9 Abs. 1 BauGB) Jebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO dürfen im ausgewiesenen Gewerbegebiet (GE) nur (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 14 Abs. 1 und § 23 Abs. 5 BauNVO)

Sichtflächen (§ 9 Abs. 1 BauGB) Sichtflächen sind von jeder sichtbehindernden Nutzung, Bepflanzung, Einfriedung oder Aufschüttung mit einer Höhe von mehr als 0,8 m über der angrenzenden Verkehrsfläche freizuhalten; zulässig

sind jedoch Einzelbäume mit einem Kronenansatz in mindestens 2,5 m Höhe. (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB) Bereich ohne Ein- und Ausfahrt (§ 9 Abs. 1 BauGB)

Von der Landesstraße 63 (Dessauer Landstraße) sind für das ausgewiesene Gewerbegebiet (GE) mit Ausnahme des Grundstücks für eine Tankstelle - weder Ein- noch Ausfahrten zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 BauGB)

Für die Anlage eines Regenwasserrückhaltebeckens auf der in der Planzeichnung festgesetzten Fläche sind erforderliche Befestigungen im Bereich von Zu- und Abläufen auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zu beschränken und so auszuführen (z.B. Grobschotterpacklage), daß sie gleichzeitig als Vegetationsstandort dienen können.

Entlang der nördlichen Oberkante des Regenwasserrückhaltebeckens ist eine durchgehende 2- bis 3-reihige Strauchpflanzung anzulegen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Aufschüttungen und Abgrabungen

Das Gelände eines Baugrundstücks darf höchstens bis zum niedrigsten Punkt seines natürlichen Geländeverlaufs abgegraben und höchstens bis zum höchsten Punkt aufgeschüttet werden. Von dieser Festsetzung sind Abweichungen bis 1,5 m bei baulichen Anlagen, wie z.B. Rampen und Lichtgräben, mit einer Grundfläche von insgesamt höchstens 50,0 m² zulässig.

9.2 Die Errichtung von Stützmauern ist innerhalb einer 2,0 m breiten Zone entlang der undstücksgrenze unzulässig. Das Gelände der nicht überbauten Grundstücksflächen ist - soweit erforderlich - zur Grundstücksgrenze im Neigungsverhältnis von mindestens 1:2 zu böschen.

9.3 Die Böschungen von Aufschüttungen und Abgrabungen sind in den Randbereichen weich, d.h. mit Neigungen im Verhältnis zwischen 1:3 und 1:5, auszuformen. Die Kammlinie von Aufschüttungen darf auf 50 m Länge bis zu 1,0 m ausgemuldet werden.

Für Aufschüttungen ist der bei Aushubarbeiten im Bereich des Plangebiets anfallende Boden zu

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und

10.1 Die ausgewiesene Fläche für Maβnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist nach Herrichtung und sonstiger notwendiger Bodenarbeiten der pflanzlichen nentwicklung (Sukzession) zu überlassen. Zur räumlichen Gliederung und Bereicherung als Lebensraum sind 3 bis 5 Einzelbäume (Stieleichen) zu pflanzen und 3 Pflanzgruppen aus je 5 Sträuchern (Weiβdorn) anzulegen.

(§ 9 Abs. 1 BauGB) Immissionsschutz im Gewerbegebiet (GE) .1 Bei der Errichtung neuer Gebäude und Erneuerung oder Änderung wesentlicher Teile vorhandener

Gebäude, die vor Lärm zu schützenden Nutzungen dienen, sind alle bestehenden Möglichkeiten zu durch die Stellung des Gebäudes, die Gebäudeform, die Anordnung anderer Gebäude und deren schalltechnische Konstruktion und die Anordnung der vor Lärm besonders zu schützenden Aufenthaltsräume (§ 43 Abs. 1 NBauO) in Verwaltungsgebäuden und ausnahmsweise zulässigen Wohnungen, insbesondere Schlaf-, Wohn-, Büro- und Behandlungsräume, und

durch die Anordnung von Öffnungen, wie Fenster und Türen, der vor Lärm besonders zu schütlärmgeschützte Aufenthaltsbereiche auβerhalb und innerhalb des Gebäudes zu schaffen.

besonders vor Lärm zu schützenden Aufenthaltsräumen, die nicht lärmgeschützt angeordnet werden können, sind entsprechend DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau", Teil 6, nach erhöhten Schallschutzanforderungen auszubilden. Für die genannten Aufenthaltsräume sind zusätzlich Lüftungsanlagen vorzusehen, wenn der maßgebliche Außenlärmpegel 65 dB überschreitet. Maßgeblich für die zu gewährleistende Schallminderung durch Vorkehrungen am Gebäude sind die Anhaltswerte für Innengeräuschpegel nach VDI 2719.

11.2 Außenbauteile, insbesondere Fenster, Tür, Wand und Dach, der schallbelasteten Seiten von

3 Für die Beurteilung des vor dem Gebäude auftretenden bzw. zu erwartenden Auβenlärms sind für die verschiedenen Lärmarten die "maßgeblichen Außenlärmpegel" zugrunde zu legen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

12 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

12.1 Die festgesetzten Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind zur grünordnerischen Einbindung des Gewerbegebietes (GE) in die landschaftliche Umgebung und zur optischen Abschirmung der gewerblichen Nutzungen mit standortverträglichen Laubgehölzen der potentiell natürlichen Vegetation dicht zu bepflanzen, soweit sie nicht als Zufahrten angelegt werden oder aus Gründen der Verkehrssicherheit von sichtbehindernden Nutzungen freizuhalten sind (Ziffer 4 und 6). Im Kernbereich der Pflanzung sind großkronige Bäume, im Randbereich kleinkronige anzupflanzen. Die Pflanzung ist geschlossen und mehrschichtig anzulegen und zu den Rändern hin abzustufen. Sie ist zu pflegen, ständig zu erhalten und, soweit erforderlich, zu ergänzen und zu erneuern.

12.2 Entlang den öffentlichen Verkehrsflächen und anschließenden 15,0 m entlang den seitlichen Grundstücksgrenzen sind zur optischen Abschirmung der gewerblichen Nutzungen mindestens 3,0 m, im Bereich von Einstellplätzen mindestens 1,5 m breite, dichte und durchlaufende Anpflanzungen aus standortverträglichen Laubgehölzen der potentiell natürlichen Vegetation anzulegen, soweit diese Flächen nicht als Zufahrten angelegt werden und aus Gründen der Verkehrssicherheit von sichtbehindernden Nutzungen freizuhalten sind.

Diese Festsetzung gilt nicht für grünordnerisch gestaltete, mit mindestens einem großkronigen Baum je 50 m² bepflanzte und gepflegte, im Mittel mindestens 15,0 m breite, nicht eingefriedete Flächen entlang den öffentlichen Verkehrsflächen.

12.3 Stellplätze für mehr als 6 Pkw sind entweder durch einen mindestens 1,5 m breiten, dicht mit Laubgehölzen standortverträglicher Arten der potentiell natürlichen Vegetation bepflanzten Grundstücksstreifen einzugrünen und mit mindestens einem Laubbaum je 6 Stellplätzen zu bepflanzen.

12.4 Entlang mindestens einer Seite der Erschlieβungsstraßen (Planstraßen A bis E) sind im Abstand von höchstens 25,0 m großkronige Bäume anzupflanzen. 12.5 Für die Anlage von Neupflanzungen sowie für die Ergänzung, Entwicklung oder Umwandlung vor-

entsprechen oder in ihren Eigenschaften und Funktionen damit verträglich sind.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) Für das Anpflanzen werden die in Anlage 4 zur Begründung aufgeführten Arten vorgeschlagen.

handener Gehölzbestände sind nur Pflanzenarten zulässig, die der potentiell natürlichen Vegetation

Höhenlage des Erdgeschoßfußbodens

aufgrund des § 83 Abs. 1 des Gesetzes über die Bauordnung (BauO) in der Fassung der Bekanntma-

Mehr als 10,0 m breite Außenwandflächen ohne Öffnungen sind mit kletternden oder rankenden

Materialien in gedeckten Farben folgender Farbtöne nach dem Farbregister RAL 840 HR und

Der vorgegebene Farbrahmen gilt weder für Fassaden, für deren Gestaltung landesweit unterneh-

Materialien oder Materialien aus gebranntem Ton oder ohne behandelte Oberfläche verwendet

Für die Eindeckung geneigter Dächer sind nur nichtglänzende Materialien in gedeckten Farben fol-

gender Farbtöne nach dem Farbregister RAL 840 HR und deren Zwischentönen zulässig:

(3016)

(1000)

(8000)

Pflanzebene darf nicht mehr als 0,5 m unterhalb der Gebäudeoberkante liegen.

Werbeanlagen ohne grelle Farben und ohne wechselndes Licht zulässig.

Als Einfriedungen entlang öffentlichen Verkehrsflächen sind nur zulässi

freiwachsende Strauchpflanzungen,
Zäune in Verbindung mit Pflanzungen aus Sträuchern oder

Hecken, die mindestens die Höhe der Einfriedung erreichen.

Tankstellen und Fahnen ausgenommen sowie Werbeanlagen, für deren Gestaltung unternehmens-

interne Richtlinien zu beachten sind, wenn sie den Bestimmungen der 'Satzung über besondere

Anforderungen an Werbeanlagen und Warenautomaten' der Stadt Aken (Elbe) entsprechen.

Der Abstand von Einfriedungen muß zu öffentlichen Verkehrsflächen mindestens 1,5 m betragen.

Begeh- und befahrbare Verkehrsflächen, die aufgrund ihrer Zweckbestimmung nicht wasserun-

mit möglichst grobfugigem Pflaster, Schotterrasen oder wassergebundener Decke.

Überdachte Stellplätze sind an mindestens zwei Seiten durch Berankung einzugrünen

töne nach dem Farbregister RAL 840 HR und deren Zwischentönen zulässig:

(1011)

(8003)

(7015)

(8022)

durchlässig befestigt sein müssen, wie z.B. befahrbare Wohnwege, Pkw-Stellflächen, Fußwege und

gestaltete Plätze, dürfen nur mit luft- und wasserdurchlässigen Belägen befestigt werden, wie z.B.

Für luft- und wasserdurchlässige Beläge sind nur Materialien in gedeckten Farben folgender Farb-

Für alle sichtbaren Teile der Überdachungen von Stellplätzen, ausgenommen ihre Dacheindeckung

Mülltonnenstandplätze und Mülltonnenschränke sind durch Anordnung, Materialwahl und Farb-

Ordnungswidrig handelt nach § 81 Abs. 3 BauO, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchfüh-

ren läβt, die nicht den Anforderungen der Ziffern 14 - 20 dieser bauordnungsrechtlichen Festsetzun-

gen entspricht. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 81 Abs. 3 BauO mit einer Geldbuße bis zu

gebung in die Gestaltung von Gebäuden, Einfriedungen und Bepflanzungen einzubeziehen.

und -entwässerung, ist nur Holz in gedeckten Farben folgender Farbtöne nach dem Farbregister

aus Farbreihe gelb

aus Farbreihe braun

aus Farbreihe grau

aus Farbreihe braun

aus Farbreihe braun

aus Farbreihe braun

(3013)

mensinterne Richtlinien zu beachten sind, noch für tragende Bauteile, die die Fassade gliedern.

aus Farbreihe gelb

aus Farbreihe braun

aus Farbreihe braun

aus Farbreihe orange

aus Farbreihe rot

aus Farbreihe rot

aus Farbreihe braun

aus Farbreihe gelb

aus Farbreihe gelb

aus Farbreihe grün

aus Farbreihe braun

15.2 Für mindestens 60% der sichtbaren Außenwandflächen einer Gebäudeseite sind nur nichtglänzende

höher angeordnet werden muβ.

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

(Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung)

chung vom 20. Juli 1990 (GBl. Nr. 50 S. 929)

(§ 9 Abs. 2 BauGB)

Zulässige Farbtöne

über sandgelb

bis lehmbraun

von rotorange

über korallenrot

und 'tomatenrot

bis kupferbraun

von grünbeige

über sandgelb

und schilfgrün

Werbeanlagen

Einfriedungen

lebende Hecken,

Sonstige bauliche Anlagen

von sandgelb

über braunbeige

und lehmbraun

bis schiefergrau

von grünbraun

über sepiabraun

Ordnungswidrigkeiten

bis schwarzbraun

100.000, -- DM geahndet werden.

RAL 840 HR und deren Zwischentönen zulässig:

bis grünbraun

interne Richtlinien zu beachten sind.

Dächer

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Aken (Elbe) Kartengrundlage: Flurkartenwerk Gemarkung Aken

hat in ihrer Sitzung am 08. Mai 1991 die Aufstellung des Die Oberkante des Erdgeschoßfußbodens darf höchstens 0,4 m über dem höchsten bzw. unter dem Bebauungsplans Nr.1 "Gewerbegebiet Aken-Ost, Teilgetiefsten Punkt des an die überbaute Fläche angrenzenden natürlichen Geländes angeordnet werden. biet 1: Kaiserborne" beschlossen. Die festgesetzte Höhe darf nur bei Gebäuden und einzelnen Räumen bis 1,10 m überschritten werden, wenn der Erdgeschoßfußboden zur niveaugleichen Be- und Entladung von Fahrzeugen

(§ 83 Abs. 1 Nr. 1 BauO)

Der Aufstellungsbeschluβ ist gemäß § 2 Abs.l BauGB orts- be) vom Katasteramt Köthen erteilt am 2,5,02,92 üblich am <del>08. Juli 1991</del> in den Aushangkästen der Stadt Az. VAB 446/92 bekanntgemacht. 10.05.1991 gar. [flig Aken, 03. Oktober 1991

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist im Planbereich die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand: 12. Dezember 1990).

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Köthen, 25,2.92

Aken, 03. Oktober 1991

rechtsverbindlich geworden.

Aken, 18.06.1992

Maβstab 1:2.500, vergrößert auf 1:1000

Die Vervielfältigungserlaubnis wurde der Stadt Aken (El-

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr.1 "Gewerbegebiet (§ 83 Abs. 1 Nr. 1 BauO) Aken-Ost, Teilgebiet 1: Kaiserborne" ist im Auftrage des Stadt Aken (Elbe) ausgearbeitet worden vom Für die Bestimmung zulässiger Farbtöne sind allein die durch Nummern bezeichneten Farbtöne des Farbregisters RAL 840 HR maßgeblich, nicht jedoch die zur Bezeichnung verwendeten

Planverfasser s Stadtverordnetenversammlung der Stadt Aken (Elbe) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Aken (Elbe) hat in ihrer Sitzung am 04. Juli 1991 dem Entwurf des hat den Entwurf des Bebauungsplans Nr.1 "Gewerbegebiet Bebauungsplans Nr.1 "Gewerbegebiet Aken-Ost, Teilgebiet Aken-Ost, Teilgebiet 1: Kaiserborne" nach Prüfung der : Kaiserborne" und der Begründung zugestimmt und die Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs.2 BauGB in ihrer öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs.2 BauGB beschlossen. Sitzung am 26. September 1991 als Satzung (§ 10 BauGB)

li 1991 ortsüblich in den Aushangkästen der Stadt be-Nur für konstruktive und zugleich gliedernde Bauteile darf Sichtbeton ohne Vorsatz aus natürlichen Ost, Teilgebiet 1: Kaiserberne" und der Begründung haben

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind am 08. Ju-

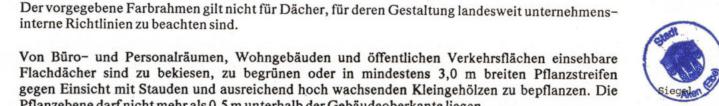
vom 15. Juli bis 16. August 1991 gemäß § 3 Abs.2 BauGB

öffentlich ausgelegen. (§ 83 Abs. 1 Nr. 1 BauO) Aken, 03. Oktober 1991

Geneigte Flächen eines Daches dürfen, wenn sie nicht der Belichtung dienen, nur die gleiche Nei-

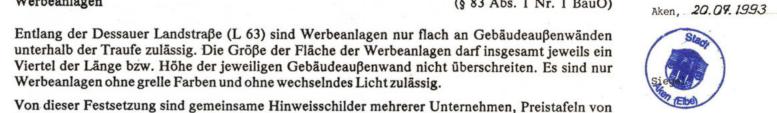
Der Bebauungsplan Nr.1 "Gewerbegebiet Aken-Ost, Teilge- Die Genehmigung des Bebauungsplans Nr.1 "Gewerbegebiet biet 1: Kaiserborne" ist mit Verfügung der Bezirksregie- Aken-Ost, Teilgebiet 1: Kaiserborne" ist gemäβ § 12 rung Dessau, Az. 252-21102-Kö 6010/1/91/N vom heutigen Tage BauGB am 10.06.1992 im Amtsblatt für den Regiegemäβ § 11 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 6 Abs. 2 bis 4 BauGB ge-Der Bebauungsplan Nr.1 "Gewerbegebiet Aken-Ost, Teil-

Aken , 27.04.1992



Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungs- Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Beplans ist die Verletzung der in § 214 Abs.1 Satz 1 Nrn.1 bauungsplans Nr.1 "Gewerbegebiet Aken-Ost, Teilgebiet und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschrif- Kaiserborne" sind Mängel der Abwägung nicht geltend ge-Für die Gestaltung von Garagen, die entweder mit dem Hauptgebäude baulich verbunden oder in

ten beim Zustandekommen der des Bebauungsplans Nr.1 "Ge- macht worden (§ 215 Abs.1 Nr.2 BauGB). werbegebiet Aken-Ost, Teilgebiet 1: Kaiserborne" nicht Gruppen (2 oder mehr Garagen) angeordnet werden, gelten die Festsetzungen für Fassaden (15) (§ 215 Abs.1 Nr.1 BauGB). (§ 83 Abs. 1 Nr. 1 BauO)



(§ 83 Abs. 1 Nr. 4 BauO)

(§ 83 Abs. 1 Nr. 4 BauO)



(Müller)

Aken, 06.07.1999

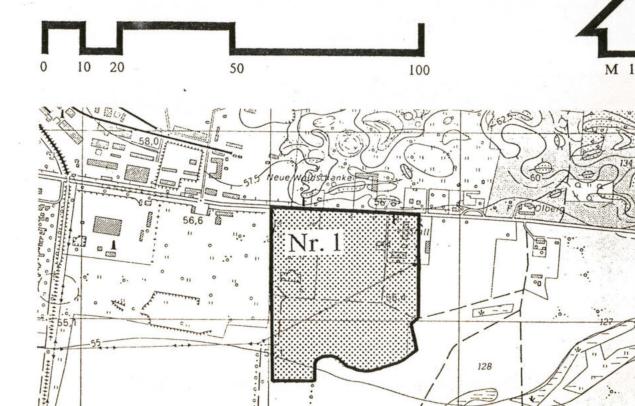
gebiet 1: Kaiserborne" ist damit am 1006.1992

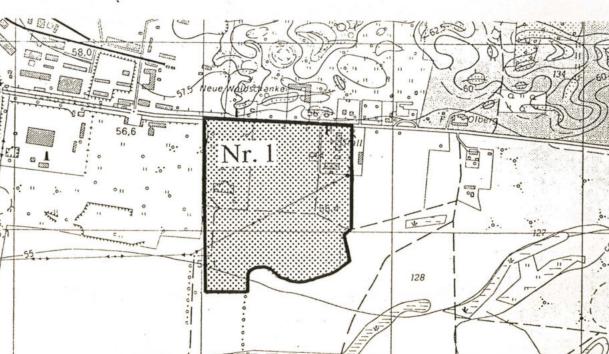
Bebauungsplan Nr. 1 in Aken

M 1:10.000

Stand: 26. September 1991

Fassung: Satzungsbeschluβ (§ 10 BauGB)





Institut für Stadt- und Regionalplanung Hannove